

Rat will mehr Chefinnen und weniger neue Stellen

Das Bündner Parlament fordert vom Regierungsrat einen Bericht, wie er den stetigen Anstieg der Verwaltungsstellen stoppen will. Ausserdem sind mehr Frauen an der Spitze gefragt.

von Patrick Kuoni

Der Kanton soll bis zum Jahr 2024 keine zusätzlichen Stellen mehr schaffen. Dies wollte ein BDP-Fraktionsauftrag, der am Mittwoch im Grossen Rat behandelt wurde. «Nach Jahren mit sehr guten Ergebnissen bedarf es vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Budgets und Jahresrechnungen eines Kulturwechsels bei der Schaffung von neuen Stellen», begründete die BDP. Allfällige neue Stellen sollen durch interne Umschulungen oder natürliche Fluktuationen ermöglicht werden.

Zuerst Analyse, dann Entscheid

Bereits zu Beginn der Debatte wurde klar, dass kein sofortiger Stellenstopp geschaffen wird. Wie Erstunterzeichner Martin Bettinaglio ausführte, hat man Gespräche mit der Regierung geführt und dabei einen gemeinsamen Nenner gefunden. So soll bis im Juni 2022 zuerst ein Bericht erarbeitet werden, in dem aufgezeigt wird, wie der Kanton der Forderung der BDP sinnvoll nachkommen könnte, ohne enorm davon beschnitten zu werden. Dieser Antrag wurde von der CVP eingereicht und schliesslich mit 83:26 Stimmen bei zwei Enthaltungen überwiesen. Dagegen sprachen sich die SP sowie einige FDPler aus.

SP-Grossrat Conradin Caviezel (Chur) argumentierte etwa, dass der Kanton mit den Richtwerten bereits ein funktionierendes Steuerungsinstrument habe. Dort ist festgehalten, dass die Personalausgaben des Kantons höchstens um ein Prozent pro Jahr steigen dürfen. FDP-Grossrat Oliver Hohl hielt dagegen: «Die Richtwerte sind eine Obergrenze und kein Sollwert.» Und der Trimmiser Gemeindepräsident Roman Hug (SVP, Fünf Dörfer) machte ein Beispiel, wes-



Klare Forderung: Silvia Hofmann (rechts, im Gespräch mit Nicoletta Noi-Togni) möchte, dass der Kanton mehr Frauen bei Führungsstellen berücksichtigt.

Bild Olivia Aebli-Item

halb eine vertiefte Überprüfung der kantonalen Stellen sinnvoll sei. «Der Grossteil der Verwaltung ist eine Unterstützung für die Gemeinden. Aber es gibt Abteilungen, die viele Aufwände auslösen.»

Finanzdirektor Christian Rathgeb erklärte, dass man sich nicht gegen eine saubere Auslegeordnung wehre, um dann eine gute Lösung zu finden.

Ein Stellenstopp sei aber unter anderem aufgrund der stetig neuen Aufgaben durch Entscheide des Bundes, aber auch des kantonalen Parlaments nicht zielführend.

Mehr Frauen in Top-Positionen

Auch in einem zweiten Auftrag ging es um die kantonale Verwaltung. SP-Grossrätin Silvia Hofmann (Chur) be-

mängelte, dass dort 32 Führungspositionen von 35 Dienststellen von Männern besetzt seien. Der Auftrag fordert deshalb, dass die Regierung die von ihr selbst formulierte Umsetzung der Chancengleichheit von Frau und Mann in der kantonalen Verwaltung vorantreibt.

Die Regierung schlug eine Abänderung des Auftrags vor. So starte in Kürze ein Projekt namens «Equal 21», welches sich mit Fragen der Gleichstellung beschäftige, den Istzustand analysiere und auch Massnahmen vorschlage. Der Auftrag solle deshalb im Rahmen dieses Projekts umgesetzt werden. Damit zeigte sich Hofmann und schliesslich auch der Rat einstimmig mit 106:0 Stimmen einverstanden.

Mehrmals wurde aber in der Debatte klar gemacht, dass nun tatsächlich etwas passieren muss. So erklärte Hofmann: «Die Regierung schiebt die Verantwortung der Rekrutierung auf die Dienststellen ab. Sie kann aber selber aktiv werden.» Und FDP-Grossrätin Vera Stiffler (Chur) kritisierte, dass nun zuerst wieder analysiert werde. «Das Thema ist nicht so komplex, die Fakten sind auf dem Tisch.» Der Kanton erleide auch einen Imageschaden, wenn er nicht handle. Carmelia Maissen (CVP, Ilanz) hielt fest: «Die Probleme liegen nicht nur bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es sind tieferliegende Muster, denen die Regierung auf den Grund gehen muss.» Aktuell seien die Rahmenbedingungen so, dass Frauen teilweise bewusst oder unbewusst im Abseits stünden.

Rathgeb hielt fest, dass man mit der Teilrevision des Personalgesetzes viele Massnahmen umsetzen wolle, um dies zu ändern. «Aktuell läuft die Vernehmlassung, helfen Sie uns also mit, die Rahmenbedingungen zu verbessern.»

Steuern schon bald online einreichen

Grossrat Thomas Bigliel (FDP, Fünf Dörfer) wollte anlässlich der Fragestunde von der Bündner Regierung wissen, wann der Steuererhebungsprozess vollständig digitalisiert sein wird. Heute müsse die Unterschrift in Graubünden noch auf Papier eingereicht werden, nur die Daten könnten bereits online erfasst werden. Ausserdem habe etwa der Kanton Zürich in diesem Jahr zum ersten Mal eine rein digitale Einreichung der Steuererklärung ermöglicht.

Der zuständige Regierungsrat Christian Rathgeb (FDP) antwortete darauf, dass der Digitalisierungsprozess in diesem Bereich bereits seit dem Jahr 2015 laufe. Er hielt fest: «Das auf nationaler Ebene geltende Recht verlangt bei der Steuererklärung aktuell eine Unterschrift.» Allerdings solle dies bald angepasst werden. «In Graubünden gibt es bereits eine entsprechende Ergänzung im Gesetz.» Sobald das Bundesgesetz diesbezüglich angepasst sei, könne man deshalb in Graubünden auf die Unterschrift verzichten. Möglicherweise ist es bereits bei der nächsten Steuererklärung so weit. (red)

Mehr Mitsprache gefordert

Menschen mit einer Beeinträchtigung sollen künftig mehr politische Rechte erhalten. Dies fordert Philipp Ruckstuhl (CVP, Rhäzüns) in einer Anfrage an die Regierung. Aktuell räume nur der Kanton Genf Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht ein. Die Exekutive antwortete dem Grossrat: «Der Regierung ist es wichtig, dass sich Menschen mit einer Behinderung im Kanton Graubünden am politischen Prozess beteiligen können. Eine systematische Verweigerung politischer Rechte gegenüber Menschen mit Behinderung wäre diskriminierend und würde gegen Völkerrecht verstossen.» Es seien im Kanton nur Personen vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stünden oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten würden. (red)

Kanton fordert Umdenken beim Wolf

Die Bündner Regierung platziert drei pikante Forderungen in Bern. Diese sollen in die revidierte eidgenössische Jagdverordnung einfließen. Das sagte Regierungspräsident Mario Cavigelli im Grossen Rat.

von Ursina Straub

Noch läuft die Vernehmlassung zur Änderung der eidgenössischen Jagdverordnung. Die Kantone können bis am 5. Mai vorschlagen, was sie in der neuen Verordnung zum eidgenössischen Jagdgesetz verankern möchten. Regierungspräsident Mario Cavigelli hat aber bereits am Mittwoch im Grossen Rat in Davos skizziert, welche Anliegen Graubünden einbringen wird, und zwar in seiner Antwort auf eine dringliche Anfrage von BDP-Grossrat Gian Michael (Schams).

Die drei Bündner Forderungen rüteln an den Grundfesten der geltenden eidgenössischen Jagdgesetzgebung. Als Erstes möchte der Kanton in der neuen Jagdverordnung festschreiben, dass in jenen Kantonen, die eine hohe Wolfsdichte haben, prozentual mehr Abschüsse von Wölfen möglich sind.

Alle Jungtiere erlegen

Zweitens fordert der Kanton, dass bei der Regulierung eines Rudels nicht nur – wie bis jetzt – die Hälfte der Jungtiere erlegt werden dürfen, son-

dern 80 bis 100 Prozent des Nachwuchses.

Und: Auch der Abschuss von problematischen Elterntieren soll erlaubt sein – also etwa von Leitrüde M92 des Beverinrudels. «Die Regierung ist der Meinung, dass der Abschuss eines solchen schadenstiftenden Leittiers möglich sein muss. Denn es gibt dieses Verhalten an seinen Nachwuchs weiter.» Nach geltendem Bundesrecht



«Die Regierung ist der Meinung, dass der Abschuss eines schadenstiftenden Leittiers möglich sein muss.»

Mario Cavigelli
Regierungspräsident

sind die Leittiere eines Rudels unantastbar geschützt. Das heisst, wenn ein Rudel reguliert wird, darf dies nur über den Nachwuchs geschehen, die Elterntiere müssen geschont werden.

Die dritte Forderung, die der Kanton in Bern platzieren will, ist eine politische: Und zwar, dass der Wolf, auch als geschützte Art, regulierbar wird.

Abschuss als Herdenschutz

Die Grossratsmitglieder wusste Regierungspräsident Cavigelli dabei hinter sich. Sämtliche Wortmeldungen während der Debatte zu Michaels Anfrage hatten nämlich dieselbe Stossrichtung: Die Grossrätinnen und Grossräte forderten die Regierung auf, in Bern klar Stellung zu beziehen und darauf hinzuwirken, dass der Gesetzespielraum voll ausgeschöpft werde, damit die Wolfspopulation reguliert werden könne.

Auch für Volkswirtschaftsminister Marcus Caduff gehört die Regulierung der Wolfsrudel zwingend zum Herdenschutz, wie er am Schluss der Debatte sagte. Sie sei ein fester Pfeiler des Herdenschutzes, neben technischen

Mitteln wie Zäunen und Pferchen und neben Schutzhunden. Caduff, der zuständig ist für den Herdenschutz im Kanton, verdeutlichte dies mit einem Bild von Plantahofdirektor Peter Küchler: «Herdenschutz ohne Wolfsregulierung ist wie ein Messer ohne Klinge.»

Der Volkswirtschaftsminister wies zudem darauf hin, dass es im Kanton Flächen gebe, die nicht geschützt werden könnten; etwa unzugängliche Weiden, die nicht umzäunt werden könnten. Diese Flächen gelte es zu definieren, so Caduff. Das heisse aber auch, dass Risse auf diesen Flächen bei einer allfälligen Regulation angerechnet werden müssten. «Das ist eine Forderung, die wir in Bern anbringen werden», sagte er.

Dass die Schadensschwelle bei Kleinvieh gesenkt werden soll, bezeichnete Caduff als erfreulich. Beim Grossvieh hingegen soll eine Schadensschwelle von drei Tieren gelten. «Das ist meines Erachtens nicht akzeptabel», so Caduff. Es gelte allerdings zu berücksichtigen, dass bereits der Angriff auf Grossvieh angerechnet werde und nicht nur die Tötung.

Der Grosse Rat

Im Fokus

Gestern hat der Grosse Rat:

- Die Fragestunde bestritten;
- die erhebliche Anfrage Michael (BDP, Schams) betreffend Wölfen diskutiert;
- eine Ersatzwahl für die Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen vorgenommen;
- den Zusatzkredit zum Verpflichtungskredit «PUK, Submissionsabreden im Unterengadin» genehmigt;
- den Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp behandelt;
- den Auftrag Hofmann betreffend Kader- und Führungspositionen in der Verwaltung diskutiert sowie zwei Anfragen behandelt;
- die Aprilsession in Davos beendet.